

Eine Frage der Gerechtigkeit

—Klimawandel in Indien: Die Atomenergie verschlimmert die Auswirkungen für die betroffenen Kommunen—

Von den Auswirkungen des Klimawandels haben die betroffenen Gemeinschaften einen besseren Begriff als selbst Experten. Vielleicht ist das ein Grund, warum die Kampagne „Don't nuke the Climate“ in Indien auf so starke Resonanz stößt – bis in die entferntesten indischen Dörfer.

Im Vorfeld des Klimagipfels COP23 im November 2017 in Bonn, als „Don't nuke the Climate“ startete, haben sich die Menschen im indischen Narmada-Tal gleich damit identifiziert. Schon Anfang 2009, als ihr Widerstand gegen die Planungen des AKW Chutka begann, war klar, dass die deasaströsen Auswirkungen des Klimawandels durch ein neues Megaprojekt in der Region verschlimmert würden. Am 2. Oktober, dem Geburtstag Mahatma Gandhis, startete das *Struggle Committee Against Nuclear Power* im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh eine zweimonatige Kampagne, um auf diesen Sachverhalt aufmerksam zu machen. In Indien haben soziale Bewegungen Kampagnen nach dem Direktkontaktprinzip namens „Yatra“ (Weg) entwickelt. So bereisten AktivistInnen des Komitees 275 Dörfer, um das Problembewusstsein der Menschen zu wecken. Die Orte in den Distrikten Mandla und Seoni sind Teil der Evakuierungszone, die die indischen Behörden laut Umweltverträglichkeitsgutachten (EIA) für Notfälle vorgesehen haben.

Indische Regierung verkauft Atomkraft als Umweltlösung

Neben den Versprechen von preiswerter Elektrizität, Arbeitsplätzen und Entwicklung benutzt das nukleare Establishment vor allem das Verkaufsargument von der

„Atomkraft als Klimailösung“. Eine der Schlüsselstrategien der indischen Regierung ist, die Atomenergie als Lösung der Klimaprobleme darzustellen. „Saubere Energie“ wird von der Regierung in den internationalen atomaren Lieferverträgen als Kürzel für Atomenergie benutzt. Sie bietet Atomstrom im Rahmen ihres Klimaziels an, zu dem sie sich vor dem Pariser Gipfel bei der UNFCCC verpflichtet hatte.

Die indische Regierung plant, ihre nuklearen Kapazitäten bis 2032 auf 63 Gigawatt zu erweitern. Momentan sind es 6,8 Gigawatt, nur 1,8 Prozent der indischen Gesamtkapazität. Im Mai 2017 hat der Energieminister zehn neue Reaktoren angekündigt, die die Atomenergie ankurbeln und „helfen sollen, sauberen Strom zu produzieren“. Im Juli 2017 rief der renommierte Atomwissenschaftler Ravi B. Grover vom indischen Atomenergieinstitut (DAE) dazu auf, die „flexible erneuerbare Atomenergie“ voranzutreiben, um bis 2030 einen Anteil von 40 Prozent nichtfossiler Energiequellen zu erreichen. Nicht nur innerhalb des Landes, auch nach außen hin propagiert Indien das Atom als saubere Energiequelle. Als Indien mit seiner Unterschrift das von Rosatom in Ruppur (Bangladesch) gebaute AKW unterstützte, bezeichneten WissenschaftlerInnen des indischen Establishments die Atomenergie als „maßgeblich“ im Kampf gegen den Klimawandel in einem klimatisch so sensiblen Land.

Die Darstellung der Atomkraft als Klima-Lösung genießt in Indien politischen Konsens. Jairam Ramesh, der Minister für Umwelt- und Wald-Angelegenheiten – zeigte sich überrascht, dass Wissenschaftler Widerstand gegen die Atomenergie leisten. Er

sagte: „Es ist paradox, dass Umweltperten gegen Atomstrom sind“, während er Jaitapur ökologische Unbedenklichkeit bescheinigte. In Jaitapur richtet die französische EDF derzeit das größte Atomkraftgelände der Welt ein.

Die Kommunen widersetzen sich falschen Lösungen

Die BewohnerInnen des Narmadatal verstehen die Wahrheit solcher falschen Positionen schon fast intuitiv. Sie sitzen auf der Empfängerseite des verzerrten Diskurses über Entwicklung und Klimawandel. Der geplante Reaktor wird die unmittelbare Umsiedelung hunderter Familien in Chutka, Tatighat and Kunda zur Folge haben, deren Land den Zwangskäufen für das Projekt zum Opfer fällt. Ironischerweise ist das ihre zweite Vertreibung: Sie waren in den 1980ern schon einmal aus ihren Dörfern geflohen, als der Bargi-Staudamm im Narmadatal gebaut wurde. Die landwirtschaftlichen Kommunen von 162 Dörfern, die größtenteils zum Gond-Adivasi-Stamm gehören, wurden mit Frauen, Kindern und alten Leuten der Misere ausgeliefert. Bis heute kämpfen sie um eine angemessene Wiedergutmachung und um ihre Landrechte. Sie waren außer sich, als sie 2010 die offizielle Nachricht vom Beginn des Atomprojekts erhielten.

Für die indische Landbevölkerung ist der Klimawandel ein Gerechtigkeits-thema, besonders für die in den Wäldern lebenden Adivasi. Ressourcenverbrauch und Vertreibung vernichten nicht nur ihre Lebensgrundlagen, sondern auch ihre Kultur und traditionelle Fertigkeiten, die an die empfindlichen natürlichen Lebensräume



gebunden sind. Der Schutz der Stammesrechte ist zentral, wenn es darum geht, die Umwelt zu bewahren, da die Adivasi Wald und Umwelt durch ihre nachhaltige Lebensweise seit Jahrhunderten bewahren.

Die Umwelt durch ein Projekt schützen zu wollen, das tausende dieser Familien zerstört, ist ein grausamer Witz. Genau so reagierten die Menschen in Chutka, als die Regierung öffentliche Anhörungen organisierte, die gesetzlich zur Umweltverträglichkeitsprüfung (EIA) vorgeschrieben sind. Tausende Menschen versammelten sich, um sich den EIA-Anhörungen zu widersetzen, die wegen intensiver Graswurzelarbeit zweimal abgesagt werden mussten. Schließlich wurden die Anhörungen 2014 unter starker, bewaffneter Polizeipräsenz durchgeführt. Das Einverständnis derjenigen Menschen, die angeblich von dem Projekt profitieren sollen, wurde mit Waffengewalt erzwungen. Es geht nicht nur um direkte Vertreibung von Menschen, die umliegenden Kommunen sind auch dadurch betroffen, dass sie sich im nahen Wald und Wasser nicht mehr frei bewegen können – da rund um das AKW ein massives Sicherungssystem entstehen wird, sobald dieses Form annimmt.

Mit dem sich ändernden Klima werden AKW-Standorte wie Chutka auch einen verschärften Kampf um Wasser erleben. Das Wasser im Narmada hat in den letzten Jahren dramatisch abgenommen, und wird im Laufe der Zeit auch am Bargidamm knapp werden. Der Staudamm war ein Versprechen an die lokalen Bauern, die Bewässerung ihrer Felder zu sichern. Die Behörden haben klammheimlich Änderungen gemacht und zugelassen, dass private Industrien wie Heizkraftwerke und Zementfabriken das kostbare Nass aufsaugen.

Die rapide Versandung des Damms, mit der die Behörden während des Baus nicht gerechnet hatten, wird die Wasserknapp-

heit verschlimmern. Die Fertigstellung des AKW Chutka wird 12 bis 15 Jahre dauern, wenn man nach der langwierigen Planungszeit anderer Atomprojekte in Indien geht, die dann im Durchschnitt 60 Jahre laufen. Der Bargi-Staudamm, der 1990 in Auftrag gegeben wurde, wird im Niedergang sein, wenn der Wasserverbrauch der Reaktoren, der lokalen Industrien und der Millionen von Menschen u. a. im nahen Jabalpur seinen Höhepunkt erreicht. Lokale AktivistInnen und unabhängige ExpertInnen haben von der Regierung eine umfassende und langfristige Prüfung der Klimafolgen vor dem Baubeginn gefordert.

Nicht nur in Chutka, auch von anderen vorhandenen und vorgesehenen AKWs gibt es Ähnliches zu berichten. Deshalb erfuhr die Kampagne „Don't nuke the Climate“ bei ihrem Start eine gute Resonanz – von Graswurzelgruppen und aus der Zivilgesellschaft.

Ich wurde für die Vorsondierungen zu COP23 auf nationaler Ebene nach Neu-Delhi eingeladen, um über Atomenergie als falsche Lösung für Indien zu sprechen. Auch bei den Kommunen in Fatehabad – vor Delhis Haustür gelegen – kam die Kampagne gut an. Dort plant die indische Regierung vier Reaktoren, die vom schwankenden Wasserhaushalt eines jahreszeitlich sehr variierenden Kanals abhängig sein sollen. SchülerInnen und Organisatoren der lokalen Gemeinschaften nahmen aktiv an der Kampagne teil. Es wurden Workshops und Treffen an den Unis und in Zusammenarbeit mit Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen in verschiedenen Städten durchgeführt – auch in Jabalpur und Dehradun. Die Dorfbevölkerung im Bundesstaat Andhra Pradesh an

der indischen Ostküste hat sich auch enthusiastisch beteiligt. Westinghouse-Toshiba bekam dort Lizenzen zum Bau von vier riesigen Reaktoren in Kovvada.

Wie hohl die schrille Klimawandelrhetorik der Regierung von Narendra Modi ist, zeigt sich unter anderem daran, dass das Umweltministerium bei dubiosen Projekten mit im Bunde ist, die einen wahren Krieg gegen die Umwelt darstellen. Während der indische Pavillon beim COP23 „Yoga als Lösung für den Klimawandel“ bewarb, waren in seinen protzigen Displays zu den indischen Klimamaßnahmen auch Bilder des AKW Kudankulam zu sehen. Ironischerweise hat es für Block 1 und 2 dieses AKWs nie eine Umweltverträglichkeitsprüfung gegeben. Nach dem Super-GAU von Fukushima, als Umweltgruppen dies bei den Verhandlungen vor dem obersten Gericht thematisierten, sagte der Staatsanwalt, eine EIA sei nicht notwendig, da das AKW in den 1980ern geplant worden sei, als es noch keine Umweltverordnungen gab.

Der Klimawandel ist eine Demokratie- und Gerechtigkeitsfrage für die indischen Kommunen vor Ort. In jüngster Vergangenheit war der Wahlboykott der Dorfbevölkerung in Chutka ein klares Signal, wie realitätsfremd die Behauptungen von der umweltfreundlichen Atomenergie sind.

Kumar Sundaram ist Redakteur von DiaNuke und war ICAN-Campaigner in Südostasien.



Mehr Infos unter: www.dianuke.org

Foto: Kumar Sundaram